

AfD will Dexit: Experten warnen vor dramatischen Folgen für Deutschland!

Die AfD plant einen EU-Austritt und die Rückkehr zur D-Mark, während Experten vor den gravierenden Folgen warnen.



Die AfD plant einen radikalen Kurswechsel in der deutschen Politik und will aus der EU austreten, um zur D-Mark zurückzukehren. Dies wird in einem Entwurf des Parteiprogramms verdeutlicht, der auf dem bevorstehenden Parteitag am 11. und 12. Januar beschlossen werden soll. Experten wie Monika Schnitzer, Vorsitzende der Wirtschaftsweisen in Deutschland, warnen eindringlich vor den katastrophalen Folgen eines solchen „Dexit“. Ihre Aussage: „Das ist, als würde man gleichzeitig die Covid-Pandemie und die Energiekrise erleben. Und diese Schäden sind dauerhaft!“ In dieser Hinsicht werden die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Austritts als verheerend eingeschätzt. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung könnte ein EU-Austritt

Deutschlands Bruttoinlandsprodukt um 5,6 Prozent verringern und 2,5 Millionen Arbeitsplätze gefährden.

Wirtschaftliche Wahnsinn oder notwendiger Schritt?

Die AfD betont in ihrem neuen Programm, dass Deutschland aus dem Euro-System austreten und die EU in eine neue Wirtschafts- und Interessengemeinschaft umgewandelt werden sollte. Das Ziel sei ein „Europa der Vaterländer“, um den mittlerweile als planwirtschaftlich wahrgenommenen Superstaat zu reformieren. Diese Veranstaltung fällt auf die kritischen Stimmen, die die Einheitswährung, den Euro, als gescheitert betrachten. „Die ungewöhnliche Idee einer Einheitswährung in sehr unterschiedlich leistungsfähigen Volkswirtschaften ist gescheitert“, heißt es in dem Programmentwurf. Diese Rückkehr zur D-Mark wird von führenden Ökonomen als Irrweg angesehen, da die enge wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Euro-Staaten die deutschen Unternehmen erheblich benachteiligen würde. Als **FAZ** berichtet, ist die AfD überzeugt, dass die Märkte durch die schnelle Einführung eigener Steuern und die Stärkung des Bargeldes entlastet werden könnten, was ihrer Meinung nach ein „bürgerschaftliches Freiheitsrecht“ ist.

Zusammenfassend geht die AfD mit ihrer Initiative einen tiefgreifenden Schritt gegen die EU-Politik und möchte gleichzeitig die Interessen der nationalen Wirtschaft durch den Erhalt des Bargelds stärken. Die Diskussion um die Finanzpolitik in Deutschland wird durch diese Pläne sicherlich neue Dynamik erhalten, wobei die Partei versucht, sich als stärkste Kraft gegen das gegenwärtige System zu positionieren, während sie auf die Gefahren einer allein herrschenden EU hinweist. Die Frage bleibt, welche Auswirkungen diese politischen Ideale auf die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft haben könnten, wenn die AfD an der Macht wäre, und wie die Wähler entscheiden werden. Der Parteitag in Dresden wird sicherlich entscheidend sein für die weitere Ausrichtung der AfD und möglicherweise für die gesamte deutsche Politik.

Details

Quellen

- www.berlin-live.de
- www.faz.net

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de